

«Das ist Sizilien in der Zentralschweiz»

Unter den Augen von Justiz und Verwaltung übernehmen Kriminelle die Kontrolle über Teile des Zentralschweizer Bauwesens. Die Branche kämpft seit Jahren dagegen an. Und verliert. Wegen innerer Uneinigkeit und passiver Behörden.

Kilian Küttel

Nach und nach treten die Arbeiter aus dem Seitenausgang der Pension und marschieren durch die Dunkelheit des Dezembermorgens auf den Mann mit Boxerstatu zu. Sie tragen dünne Jacken und Turnschuhe, Baseballcaps, zerrissene Jeans oder Trainerhosen. Als der Letzte den Halbkreis komplettiert, hebt die breitschultrige Gestalt in der Mitte die Stimme und beginnt auf die Arbeiter einzureden wie ein Leutnant, der seine Soldaten auf den Einsatz einchwört. Doch der Inhalt der Worte verliert sich im Lärm der Busse und Autos, die sich wie jeden Morgen über die Strasse schieben. Und so kennen nur die Männer den Plan, als sie sich auf drei Kleinwagen verteilen, die in den Verkehr einbiegen und bald nicht mehr zu sehen sind. Die Menschen, die an dieser Haltestelle irgendwo in der Zentralschweiz auf den Bus warten, werden die Szenen kaum beachten, die sich vor dem Lokal gegenüber abspielen. So soll es auch sein: unauffällig, unverdächtig, für die meisten nicht der Rede wert. Doch wie man aus der Baubranche hört, soll die Pension eine Unterkunft für ausländische Schwarzarbeiter sein.

Von Schwarzarbeit spricht das Bundesamt für Wirtschaft (Seco), wenn «die im Ausländer-, Sozialversicherungs-, und Quellensteuerrecht vorgesehenen Melde- und Bewilligungspflichten verletzt werden». 81,9 Vollzeitstellen finanzieren Bund und Kantone für die Arbeitsmarktkontrolle zum Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Luzern ausgenommen, beschäftigen die Zentralschweizer Kantone landesweit mit am wenigsten Inspektoren und liegen deutlich hinter den Spitzenreitern Zürich und Waadt zurück (siehe Grafik). Und während im Schweizer Durchschnitt 64 von 10 000 Beschäftigten kontrolliert werden, sind es im Kanton Luzern 28, in Zug nur 14 Personen – weniger als ein Viertel.

Wer mit den Arbeitsmarktbehörden in den beiden Kantonen spricht, bekommt zusammengefasst zu hören: Schwarzarbeit ist kein grosses Problem, die Kontrollen funktionieren, Hinweisen geht man nach. Nur zeigen Recherchen über das Zentralschweizer Bauwesen in eine andere Richtung: Die Branche kämpft gegen mafiöse Strukturen. Findige Unternehmer treiben Schwarzarbeit voran. Kriminelle nutzen die Trägheit von Behörden und Justiz aus. Sie tun das seit Jahren.

Wer arbeitet hier für wen?

119, 120, 121. Stetig steigt die Zahl auf dem digitalen Tacho. 139, 140, 141. Nur in Socken, ohne Schuhe, drückt der Fahrer das Gaspedal durch. 142, 143, 147 Stundenkilometer schnell rauscht der Sportwagen (Neupreis mehr als 200000 Franken) über die linke Spur

der Autobahn, während sich am Horizont ein Gebirgszug aus dem Dunst schält, der zu den Zentralschweizer Vor-alpen gehören könnte. Genau lässt sich nicht sagen, wohin seine Ausfahrt A.R.* führt, als er an einem sonnigen Nachmittage ein knapp vierminütiges Live-Video auf seine Facebook-Seite stellt. A.R. präsentiert der Öffentlichkeit die Annehmlichkeiten, die ihm sein Leben als faktischer Inhaber eines Baugeschäfts aus dem Kanton Zug bringt. Laut Eigenangaben ist die Firma in ihrem Bereich die Nummer eins der Region. Sie sei zuverlässig und pünktlich, ihre Mitarbeiter könnten in der ganzen Schweiz eingesetzt werden. Es ist kein leeres Versprechen. Das belegt ein Strafbefehl, den die Luzerner Staatsanwaltschaft Anfang 2020 ausgestellt hat. Sie verurteilt einen 36-jährigen Slowenen, der auf einer Baustelle im Kanton Aargau zwei Ausländer beschäftigte, die nicht über die erforderlichen Bewilligungen verfügten. Die Arbeiter waren nicht direkt beim 36-jährigen im Einsatz, sondern an A.R.s Firma ausgeliehen, mit der der Slowene kurz zuvor einen Subunternehmervertrag geschlossen hatte.

Das, so glauben Leute wie Kurt A. Zurfluh und Giuseppe Reo, ist kein Zufall, sondern hat System (siehe Box). Zurfluh und Reo sind (als Vertreter von Baumeisterverband und Gewerkschaft) Geschäftsführer und Präsident der Paritätischen Berufskommissionen des Hoch- und Tiefbaugewerbes der Zentralschweizer Kantone. Jener Stelle also, die den Vollzug des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) im Bauhauptgewerbe kontrolliert. Und so auch überprüft, ob auf den Zentralschweizer Baustellen Leute arbeiten, die nicht richtig gemeldet sind, die keine Arbeits- oder Aufenthaltsbewilligung haben. «Was hier passiert», sagt Giuseppe Reo, «ist Sizilien in der Zentralschweiz.» Und Kurt A. Zurfluh, hellblaues Hemd, die Initialen in den Ärmelaufschlag gestickt: «Es sind mafiöse Strukturen. Wir gehen davon aus, dass dem Staat jährlich Millionen an Einnahmen entgehen.»

Geräte nicht ausgewertet – «aus Kostengründen»

Ein weiss-grauer Wolkenteppich hängt am Himmel über Kriens, als am Morgen des 20. Oktober 2017 zwei Inspektoren eine Grossbaustelle im Ortszentrum betreten. Hier sei «einiges schiefgelaufen», wird später einer von ihnen in seinem Rapport festhalten. In einem der oberen Stockwerke stossen die Inspektoren auf sechs Italiener und einen Algerier zwischen 22 und 45 Jahren, die angeben, Angestellte einer Firma aus Italien zu sein. Wollen Unternehmen aus EU-Staaten Arbeiter in die Schweiz entsenden, müssen sie den hiesigen Behörden melden, wer wie lange wo in der Schweiz arbeitet und wie viel er verdient. So wollen es die Flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Zudem brauchen die ausländi-

schen Unternehmer eine lokale Kontaktfirma. In diesem Fall eine Gesellschaft des Unternehmers D.J.* mit Sitz im Kanton Zug. Schnell stellen die Inspektoren fest, dass drei Arbeiter über eine andere italienische Firma gemeldet sind, als dass sie sagen. Auf der Baustelle in Kriens haben sie nichts verloren, sie sollten im schwyzerischen Schindellegi arbeiten. Laut der Meldung bei den Arbeitsmarktbehörden verdienen die Bauhelfer zwischen 25 und 28.30 Franken pro Stunde. Auf dem Rapport, den die Kontrolleure auf der Baustelle zu Gesicht bekommen, ist lediglich bei einem ein Wert ausgewiesen: 16 Franken. Nach der Kontrolle verhängt das Amt für Arbeit des Kantons Schwyz eine zweijährige Sperre gegen die zweite italienische Firma, die ihre Arbeiter nach Kriens statt nach Schindellegi geschickt hatte. Doch nur fünf Monate später meldet deren Inhaber – mit neuer Firma – wieder Arbeiter zu einem Einsatz in Schwyz an. Als Schweizer Kontaktfirma nennt er D.J.s Unternehmen, mit dem es zuvor offiziell nie einen Kontakt gegeben hat.

Zu diesem Zeitpunkt hat die paritätische Berufskommission schon länger einen Verdacht: Hier dreht sich ein Karussell, auf dem Unternehmer Arbeiter untereinander austauschen, die auf dem Papier nichts miteinander zu tun haben, faktisch aber zusammengehören. Die Kontrolleure recherchieren weiter, stossen bei einer nächsten Inspektion im Kanton Luzern auf Männer ohne Papiere, die längst nicht mehr in der Schweiz arbeiten dürften. Für sie ein weiterer Hinweis auf ein Netzwerk, das illegale Arbeitskräfte ins Land holt. Männer, häufig aus Osteuropa, die als Touristen einreisen, hier ungemeldet und ohne Bewilligung arbeiten und die

Undurchsichtiges System

Subunternehmen Giuseppe Reo und Kurt A. Zurfluh denken, die Grundlinien eines Systems nachgezeichnet zu haben, das Teile der Baubranche durchsetzt. Dieses nutzt die Abläufe im Bauwesen aus, wo Bauunternehmer mit Subunternehmern zusammenarbeiten, die auf Teilbereiche spezialisiert sind. Gipser oder Eisenleger etwa, die häufig im Akkord arbeiten, also nicht nach Stunden, sondern für das Ergebnis bezahlt werden.

In letzter Zeit, so scheint es, werden die Verhältnisse auf dem Bau undurchsichtiger; die beauftragten Subunternehmer beschäftigen zunehmend eigene Unterfirmen. Zurfluh: «Der Sub nimmt einen Sub, der nimmt wieder einen Sub und der auch. In dieser Kaskade verliert man vollkommen den Überblick. Der Verantwortliche hat keine Ahnung, bei wem die Leute ange-



Auf den Zentralschweizer Baustellen werden «mafiöse Strukturen» beobachtet.

Schweiz erst wieder verlassen, wenn sie bei Kontrollen auffliegen: «Werden sie von der Polizei aufgegriffen und ausgewiesen, steht in der Heimat schon der Ersatzmann bereit», sagt Zurfluh. Das System halte sich selbst am Leben, denn für ungelernete Ausländer lohne sich die Arbeit in der Schweiz, wenn sie nur 16 statt 27 Franken verdienen – und dabei spiele keine Rolle, dass der Chef im Hintergrund die Differenz einstreiche.

Am 27. April 2018 schickt die paritätische Berufskommission um Kurt A. Zurfluh und Giuseppe Reo den Arbeitsmarktbehörden der Kantone Luzern, Zug und Schwyz ein 26 Kapitel umfas-

stelt sind, die auf seiner Baustelle arbeiten.» Über diese intransparente Struktur würden kriminelle Unternehmer in den Markt eindringen, die Arbeiter aus dem Ausland holten und sie in den Subunternehmen zu Billiglöhnen arbeiten liessen. Entweder, indem sie die Löhne nicht ausbezahlten, die sie den Behörden gemeldet haben und die der GAV vorsieht. Oder, indem Arbeiter, für die keine Personenfreizügigkeit gilt (die also nicht aus EU- oder EFTA-Staaten stammen), schwarzarbeiten: ohne Bewilligung, ohne Quellensteuer- und Sozialversicherungsabgaben.

Die Unterfirmen, so Zurfluh weiter, seien von Strohleuten geführt, die im Handelsregister und für Behörden zwar mit Namen hinstünden, in Tat und Wahrheit aber nichts zu sagen hätten. Die Geschäfte lenkten die Drahtzieher aus dem Hintergrund. (kük)

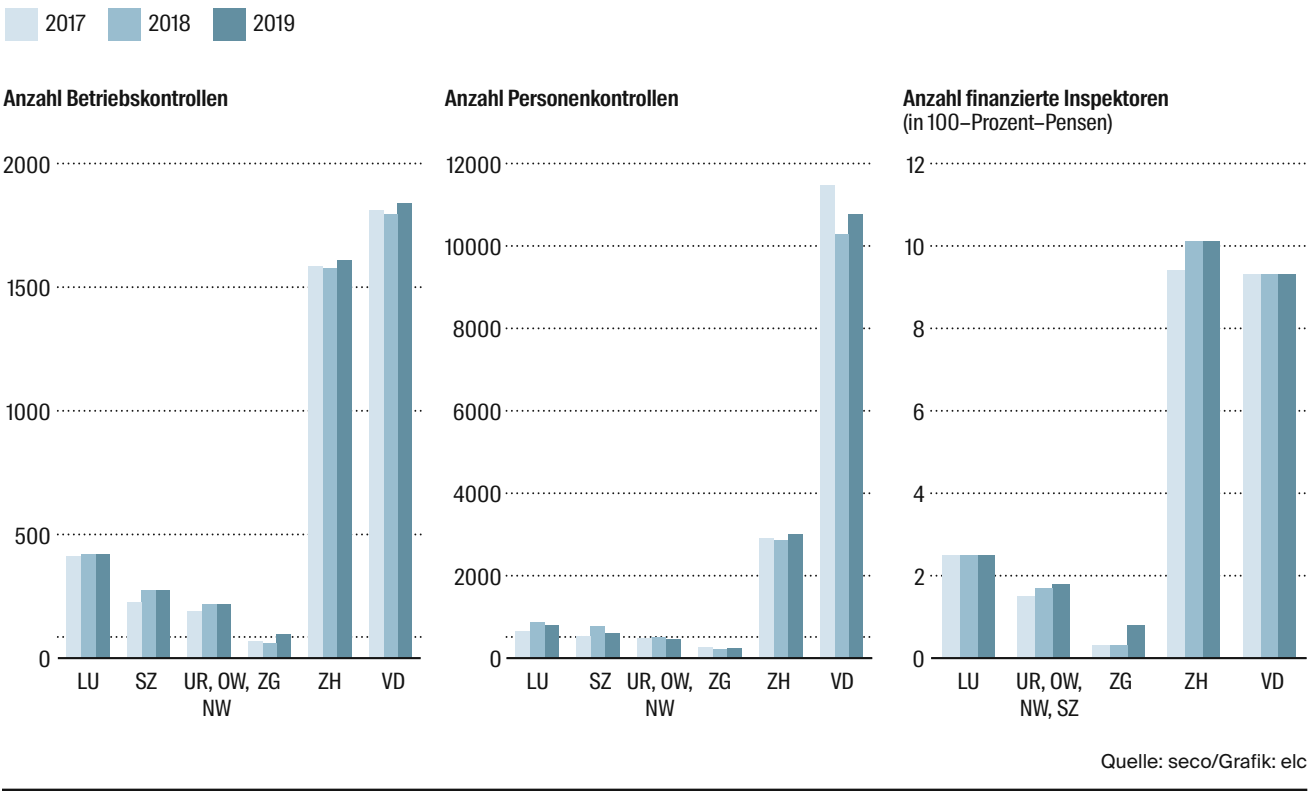
sendes und 68 Seiten dickes Dossier. Auch die jeweiligen Staatsanwaltschaften sowie die damaligen Baudirektoren Robert Küng (FDP, Luzern) und Othmar Reichmuth (CVP, heute Schwyzer Ständerat) gehören zu den Adressaten. «Verdacht auf Schwarzarbeit/Personalverleih aus dem Ausland» steht in der Betreffzeile des Schreibens, das die Verstrickungen von sechs Firmen aus Italien, den Kantonen Zug und Schwyz aufzeigt und zusammenfasst, was die Kontrolleure in monatelanger Recherche und unter Beizug einer Privatdetektei herausgefunden haben. «Wir haben nicht einmal eine Eingangsbestätigung bekommen», sagt Zurfluh mehr als zweieinhalb Jahre, nachdem das Dossier den Behörden zugestellt wurde.

Zum Zeitpunkt dieses Gesprächs kennen weder er noch Reo das Resultat ihrer Arbeit. Das zeigt erst ein Einsichtsgesuch bei der Staatsanwaltschaft Luzern: Im September 2020 verurteilt sie D.J. per Strafbefehl wegen sechs Zwischenfällen aus den Jahren 2018 und 2019, bei denen er Arbeiter ohne Bewilligung beschäftigt oder sie bei den Behörden nicht richtig angemeldet hat. Gearbeitet hatten sie in den Kantonen Zürich, Luzern und Schwyz, bei privaten Aufträgen sowie bei der Sanierung eines Altersheims. Die Untersuchung musste die Staatsanwaltschaft Luzern übernehmen, da J. dort das schwerste Delikt begangen haben soll und die Strafverfolger in Zug und Schwyz das Verfahren abtraten. Doch ein Verfahren wegen Urkundenfälschung hat die Luzerner Justiz eingestellt. Und auch den Verdacht auf Personalverleih aus dem Ausland haben die Strafverfolger nicht erhärtet. An einer von der Staatsanwaltschaft Zug veranlassten Hausdurchsuchung



Symbolbild: Keystone

Die Kontrolltätigkeit der Kantone zum Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit



Wieso beschäftigt Zug keine Inspektoren? Behörden argumentieren mit Effizienz

Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) will mit «administrativen Erleichterungen» sowie mit Kontrollen und Sanktionen gegen Verstösse im Arbeitsmarkt vorgehen. Das Gesetz sei ein wichtiges Instrument, sagt Bernhard Neidhart vom Zuger Amt für Wirtschaft und Arbeit, da es den Datenschutz zwischen den Behörden aufhebe.

Der Kanton Zug beschäftigt keine gesonderten BGSA-Inspektoren. Die Kontrolle sei Sache derjenigen Behörde, in deren Bereich ein Verstoß vermutet wird: Zum Beispiel kontrolliert die

Steuerverwaltung einen Betrieb bei Verdacht auf fehlende Quellensteuerabgaben. Bei «vermuteten Mehrfachverstößen» übernimmt eine kantonale Koordinationsstelle den Fall.

Der Kanton geht von einem jährlichen Personalaufwand von 80 Stellenprozent für die BGSA-Kontrolle aus. Zur Frage, weshalb Zug anders als andere Kantone keine spezialisierten Inspektoren beschäftigt, sagt Neidhart: «Wir waren und sind überzeugt, dass der direkte Einsatz der Fachämter aufgrund derer Fachkompetenz und deren Vernetzung wirkungsvoller ist. Ebenfalls

verhindert er, dass es zu Ankreidungen kommt, die nur auf Mutmassungen beruhen.» Darüber hinaus gebe es nicht nur über das BGSA Kontrollen. Namentlich in Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen wie dem Bauwesen. Neidhart: «Der überwiegende Kontrollanteil ist bei den paritätischen Berufskommissionen angesiedelt. Diese überwachen und kontrollieren, dass die Bestimmungen ihres GAV eingehalten werden. Zudem liegt es an ihnen, im Rahmen der flankierenden Massnahmen Arbeitsbedingungen wie die Einhaltung des Mindestlohns zu kontrollieren.» (*kük*)

beschlagnahmt die Polizei J.s Handy, Akten und «Gerätschaften». Nur: Weder auf dem Telefon noch in den Akten hätten die Behörden entsprechende Hinweise sicherstellen können, heisst es im Strafbefehl. Und: «Auf die Auswertung der übrigen Gerätschaften wurde durch die Staatsanwaltschaft des Kantons Zug aus Kostengründen verzichtet.» Schlussendlich verurteilt die Luzerner Staatsanwaltschaft D.J. zu 120 Tagessätzen Geldstrafe à 110 Franken bedingt. Einzig 3200 Franken Busse und 3240 Franken für die Verfahrenskosten muss er zahlen. Was die Anzeige der paritätischen Berufskommission angeht, entgeht D.J. einer Strafe. Trotzdem wird das Verfahren nicht eingestellt, da der Strafanzeige «teilweise der gleiche Lebensvorgang» zugrunde liege, «wie dem mit diesem Strafbefehl beurteilten Tatbestand». Deshalb sagt Adrian Gyger von der Luzerner Staatsanwaltschaft auch: «Für uns ist der Fall erledigt.» Die Frage, ob es in der Zentralschweizer Baubranche kriminelle Strukturen gibt, könne er nicht beantworten: «Ich kenne nur einzelne Fälle.»

Dass es Zusammenhänge gibt, zeigt sich an A.R., dem faktischen Firmeninhaber mit Facebook-Faible. R. ist Teil einer Gruppe, die seit Oktober 2007 mindestens 16 Baufirmen aus der gleichen Sparte betrieben hat und wovon 11 bis jetzt Konkurs gemacht haben. Viele hatten oder haben ihr Domizil an derselben Zuger Adresse – bei einem Treuhänder, der mit seinem Unternehmen von 2007 bis vor wenigen Wochen im Gewerbebau domiziliert war.

Innert 13 Jahren waren dort deutlich über 100 Gesellschaften gemeldet, fast ausschliesslich Handwerksfirmen. Bei etwa der Hälfte stellte der

Treuhänder seinen Briefkasten zur Verfügung. Von den mehr als 100 Firmen ist noch gut ein Drittel aktiv, ein weiteres Drittel hat Konkurs angemeldet. Und das letzte Drittel hat seinen Sitz in einen anderen Kanton verlegt, wo die meisten aus dem Handelsregister gelöscht wurden – entweder wegen Geschäftsaufgabe oder weil der Konkursrichter ein Machtwort gesprochen hat.

«Das ist nicht grundsätzlich illegal, verunmöglicht uns aber, etwas gegen Missstände zu unternehmen», sagt Kurt A. Zurfluh. Und Reo: «Wenn eine Firma bei einer Kontrolle negativ auffällt, meldet der Inhaber Konkurs an – und eröffnet am gleichen Tag die nächs-

«Wir gehen davon aus, dass dem Staat jährlich Millionen entgehen.»



Kurt A. Zurfluh
Geschäftsführer der Paritätischen Berufskommission

te Bude mit gleichem Zweck. Er hat höchstens am Namen etwas geändert.»

Bauunternehmer sträuben sich gegen Veränderung

«Für uns ist das ein Riesenproblem.» Bruno Jud. Er ist Geschäftsführer der Schmid Bauunternehmung AG, einem Teil der Schmid-Gruppe mit rund 520 Mitarbeitern, die Standorte in Ebikon, Altishofen, Hergiswil und Baar betreibt. Jud zeichnet ein System auf, das fast identisch ist mit dem, das Reo und Zurfluh beschreiben. Um die Konkurrenz zu unterbieten, sagt Jud, würden Baufirmen Arbeiten an billigere Subunternehmen auslagern. «Was in den unteren Stufen passiert, und welche Arbeitsbedingungen dort herrschen, ist den Bauunternehmen oft egal. Sie fühlen sich nicht verantwortlich.» Wegen des Preisdrucks müssten auch seriöse Subunternehmen zu unlauteren Methoden greifen, wenn sie überleben wollten. Seit etwa zehn Jahren beobachtet Jud, wie auf den hiesigen Baustellen unsauber gearbeitet werde. Die schwarzen Schafe seien den Kontrolleuren oft voraus, gleichzeitig würden gesetzliche Regelungen nicht greifen. Mit der Solidarhaftung für Subunternehmen etwa werden Firmen verantwortlich gemacht, wenn ihre Unterfirmen den Gesamtarbeitsvertrag verletzen. «Die Angaben, dass alles richtig läuft, basieren auf einer Selbstdeklaration. Ob aber stimmt, was angegeben wird, steht auf einem ganz anderen Blatt Papier», sagt Jud, der die Augen verdreht, als er von der bedingten Geldstrafe gegen D.J. erfährt. «Solche Straftaten müssten mit Freiheitsentzug oder hohen Geldbussen geahndet werden.» Doch es sei nicht nur Sache der Behörden, das Problem in den Griff zu bekommen. Des-

halb hat die Schmid-Gruppe ihre Arbeiter mit der Isab-Karte ausgestattet; einem Badge, den jeder und jede Angestellte auf sich trägt und auf dem Angaben wie Namen und Arbeitgeber hinterlegt sind. Das Informationssystem Allianz Bau ist eine Initiative verschiedener Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften und soll Transparenz auf den Baustellen schaffen. «Das muss Goldstandard werden. Es muss das Ziel sein, dass nur Arbeit bekommt, wer Isab hat», sagt Jud. Allerdings sei der Badge in der Branche umstritten. Immer wieder spüre er bei Berufskollegen mangelnden Antrieb, etwas gegen die Zustände zu unternehmen. Die Schmid Bauunterneh-

«Der Kanton Zug hat kein erhöhtes Problem mit Schwarzarbeit.»



Bernhard Neidhart
Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zug

mung war nicht die erste Baufirma, die unsere Zeitung für ein Interview angefragt hat. Aber sie war die einzige, die zusagte.

2019 hat der Kanton Zug einen Personalaufwand von 80 Stellenprozent für den Vollzug des Schwarzarbeitsgesetzes ausgewiesen (siehe Kasten), in den Jahren zuvor waren es 30 und 40 Prozent. Die Schwankung rührt laut den Behörden daher, dass man den Aufwand für die Schwarzarbeitskontrolle nicht immer vom übrigen Kontrollaufwand abgrenzen könne. Denn anders als andere Kantone beschäftigt Zug keine spezialisierten Schwarzarbeitsinspektoren, sondern überlässt die Kontrolle den jeweiligen Ämtern. Auf die Frage, ob man genug gegen Schwarzarbeit unternimmt, sagt Bernhard Neidhart, der Vorsteher des Zuger Amts für Wirtschaft und Arbeit: «Wegen der Grösse und der Kompaktheit des Kantons kommt der gegenseitigen Überwachung der Arbeitgeber untereinander eine zentrale Bedeutung zu.» Die Ressourcen seien «dank der intensiven Vernetzung mit den Fachämtern als angemessen einzuschätzen». Der Kanton Zug habe kein «erhöhtes Problem» mit Schwarzarbeit. «Im Gegenteil.»

Als Kurt A. Zurfluh und Giuseppe Reo einige Wochen nach dem Gespräch in Luzern erfahren, dass die Strafverfolger ihren Verdacht von systematischem Personalverleih nicht hätten erhärten können, schreiben sie: «Enttäuscht sind wir nicht – denn enttäuscht wird man nur, wenn man etwas erwartet.»

Hinweis
* Namen geändert. Sowohl A.R. und D.J. reagierten nicht auf Anfragen unserer Zeitung.